

Wissenschaftsfreiheit ist mehr als ein individuelles Recht von Wissenschaftler*innen – sie ist Teil des allgemeinen Rechts auf Wissenschaft und Bildung (Lyer et al. 2023, S. 9-11). Hochschulautonomie, als institutionelle Dimension der Wissenschaftsfreiheit, ist oft die erste Verteidigungslinie, denn durch staatliche Eingriffe wird oft die Universität als Institution als erstes Ziel von Angriffen – wie sich derzeit auch in den USA am deutlichsten zeigt. Durch politische Einflussnahme auf das Führungspersonal von Forschungseinrichtungen und durch die Reallokation von Fördermitteln für Studiengänge oder Forschungsprojekte wird die Forschungs- und Lehrfreiheit sowie die Hochschulautonomie eingeschränkt.

Dies hat unmittelbare Konsequenzen, denn Universitäten als Orte der (Aus-)Bildung, des Erkenntnisgewinns und der Debatte – auch gesellschaftlich oder politisch kontroverser Themen – sind zentral, um gesellschaftliche Konflikte und Debatten empirisch informiert und kritisch zu führen. Wenn diese Räume eingeschränkt werden, hat dies negative Folgen für die gesellschaftliche Kapazität, konfliktuelle Themen gewaltfrei zu verhandeln. Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie sind daher Kernbedingungen friedlicher Konfliktaustragung. Wenn diese Räume schrumpfen, verschiebt sich die Bearbeitung gesellschaftlicher Konflikte von diskursiven, faktenbasierten, inklusiven Verfahren hin zu administrativ-sanktionsförmigen Antworten, die gesellschaftliche und politische Polarisierung und Eskalationsrisiken erhöhen.

Globaler Kontext: Autokratisierung und das antidemokratische Rutschen

Der »Academic Freedom Index« (AFI) ist ein globaler Index zur Erfassung der Wissenschaftsfreiheit (Lott und Spannagel 2025). Er hat konsequent über viele Jahre eine hohe Korrelation zwischen Regimetyp und dem Respekt für Wissenschaftsfreiheit festgestellt (vgl. u.a. Kinzelbach et al. 2025). Im globalen Durchschnitt dokumentiert der AFI für die letzten zehn Jahre beunruhigenderweise eine schleichende negative Entwicklung der Wissenschaftsfreiheit. Über die Länder-Jahresmittelwerte hinaus hat der Anteil der Weltbevölkerung, der laut AFI unter einer relativ freien Wissenschaft lebt, in den

Wissenschaftsfreiheit unter Druck

Erosion einer Säule der offenen Gesellschaft

von Ilyas Saliba

Wissenschaftsfreiheit ist eine zentrale Säule offener Gesellschaften und demokratischer Staaten – und autoritären Akteuren oft ein Dorn im Auge. Im globalen Durchschnitt ist für die letzten zehn Jahre eine schleichende negative Entwicklung der Wissenschaftsfreiheit festgestellt worden. Diese Erosion ist jedoch nicht nur ein Problem autoritärer Regime, denn sie manifestiert sich auch in konsolidierten Demokratien und trägt auch dort zur gesellschaftlichen Polarisierung bei. Vor dem globalen Hintergrund stellt sich die Frage: Was lernen wir aus den Angriffen auf Wissenschaftler*innen und die Universitäten für akademischen Widerstand in Deutschland, und wie wappnen wir uns institutionell und individuell dafür?

letzten 20 Jahren signifikant abgenommen (siehe Abbildung 1).

Obwohl die kürzlich erschienene Untersuchung von Lott et al. (2025) historisch eine erstaunliche Resilienz von Wissenschaftsfreiheit im Kontext von globalen Autokratisierungsentwicklungen feststellt, ist kaum von der Hand zu weisen, dass die Entwicklungen der letzten Jahre in einer Vielzahl an Kontexten – u.a. in Ungarn, der Türkei, Indien, Bangladesch und Ägypten (vgl. Lyer et al. 2023) – zeigen, dass autoritäre Entwicklungen sich negativ auf die Wissenschaftsfreiheit auswirken können (Pelke 2023). Unabhängige und freie Universitäten und Wissenschaftler*innen sind vielen Politiker*innen mit autoritären Ambitionen (von Populist*innen bis Autokrat*innen) ein Dorn im Auge und geraten, ähnlich wie die unabhängige Justiz und die freie Presse, zunehmend ins Fadenkreuz der Bemühungen zur Ausweitung staatlicher Kontrolle über unabhängige Institutionen. Prominente Beispiele für diese Dynamik sind Russland unter Putin, die Türkei unter Erdoğan,

Ägypten unter Al-Sisi oder Ungarn unter Orbán (siehe Abbildung 2).

Dabei lassen sich global mindestens fünf wiederkehrende Instrumente der Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie beobachten:

- (1) politischer Druck auf, die gezielte Entfernung von oder die (Neu-)Besetzung von Leitungsposten und Gremienpositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen;
- (2) rechtlich-administrative Einschränkungen – von Akkreditierung bis Haushalts-, Fördermittelvergabe- oder Personalrecht –, die die Hochschulautonomie beschneiden (Pruvot und Estermann 2017);
- (3) diskursive Delegitimierung ganzer Fächer als unwissenschaftlich oder politisch voreingenommen und daher nicht »neutral«, insbesondere gegenüber Gender-, Postcolonial Studies oder Klimaforschung (Butler 2022);
- (4) die Verschiebung hin zu Markt- und Evaluationslogiken, in denen Universitätsrankings instituti-

onelles Prestige und Mittelvergabe signifikant beeinflussen trotz problematischer methodischer Messverfahren (Kinzelbach et al. 2021);

● (5) die Versicherheitlichung von Universitätscampi, die sich äußert in einer normalisierten Polizeipräsenz an Universitäten, der Absage von Veranstaltungen sowie neuen Formen der Überwachung von Studierenden und Wissenschaftler*innen (Ullrich 2025).

Die Erosion der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland

Die Erosion von Wissenschaftsfreiheit ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal von sich autokratisierenden politischen Systemen (Scholars At Risk 2024). Neben den aktuell prominenten Angriffe auf die Wissenschaft in den USA, nehmen auch in Deutschland unterschiedliche Formen von Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit zu (Peters 2025).

So wird erstens zunehmend Druck auf einzelne Universitätsleitungen durch politische Akteure ausgeübt, z.B. in Form von öffentlichen (oder sogar nichtöffentlichen) Aufforderungen, auf Studierendenproteste oder Veranstaltungen auf ihrem Campus in einer bestimmten Weise zu reagieren. Beispiele für solche Eingriffe in die Hochschulautonomie waren gerade aus der Hauptstadt in den letzten drei Jahren vermehrt zu hören, u.a. im Umgang mit der Präsidentin der Alice Solomon Hochschule oder auch durch direkte Interventionen von Berlins erstem Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und der Berliner Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) bei den Hochschulleitungen der Freien Universität Berlin und der Humboldt Universität (Ullrich 2025).

Zweitens sind auf der strukturellen Ebene in Deutschland vor allem die Unterfinanzierung von Grundlagenforschung sowie die Zunahme von Drittmittelabhängigkeit, vor allem aber die im europäischen Vergleich enorm hohe Prekarisierung wissenschaftlicher Arbeit (BuWik 2025, S. 190) problematische Konstanten der letzten Jahrzehnte. Diese Entwicklungen sind zwar nicht *per se* eine Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit, zumindest so lange Vergabeprinzipien und die Begutachtung durch Peer-Review-Verfahren eingehalten werden, öffnen aber zugleich die Möglichkeiten politischer Einflussnahme. Das haben zuletzt die Fördermittellaffäre und

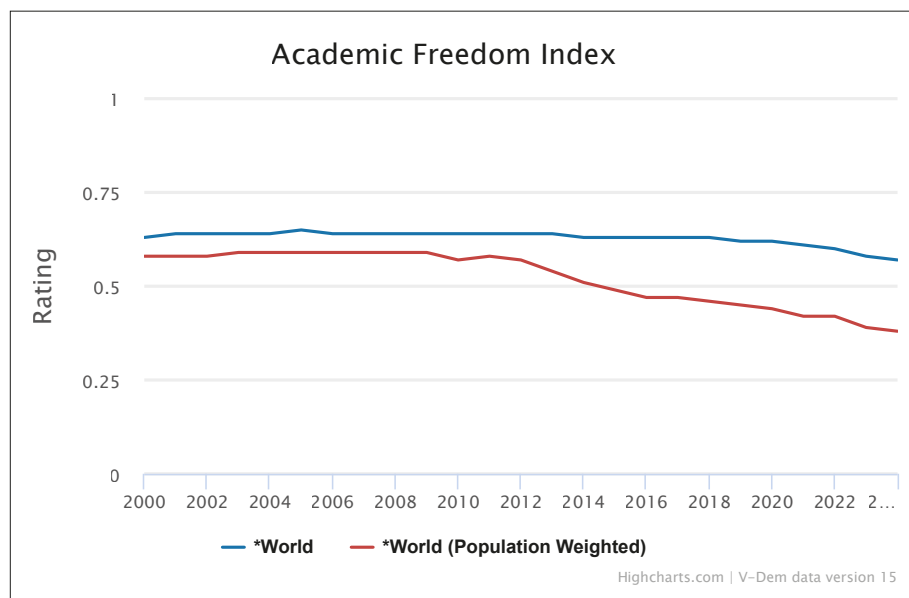


Abbildung 1: Academic Freedom Index (Durchschnittswerte global 2010-2024)

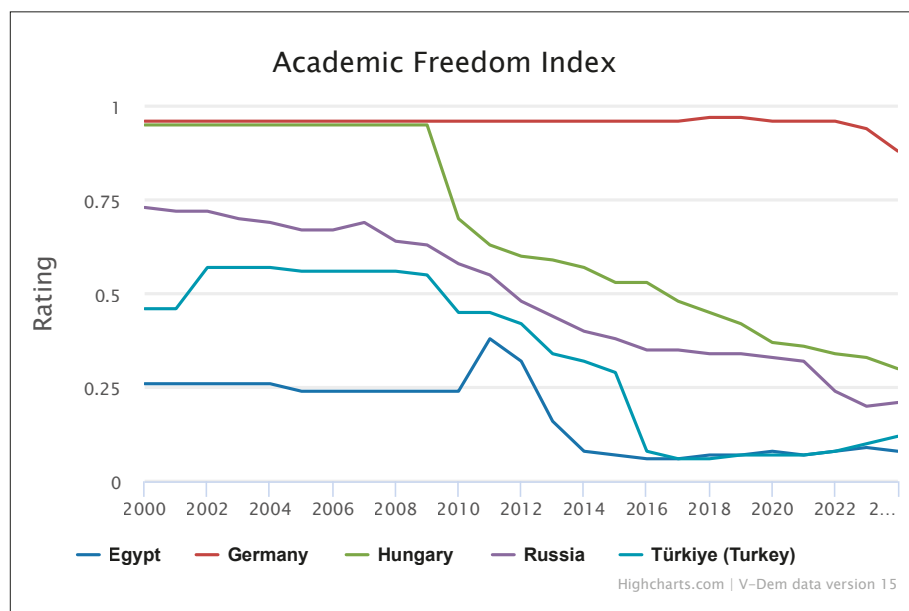


Abbildung 2: Academic Freedom Index für ausgewählte Staaten, 2000-2024

der damit verbundene Versuch einer Bundeswissenschaftsministerin, unliebsamen Wissenschaftler*innen Fördermittel zu entziehen, prominent unter Beweis gestellt.

Die Zunahme an Polizeieinsätzen auf Campi gegen Studierendenproteste belasten, drittens, das Sicherheitsempfinden von Studierenden und Hochschulpersonal und untergraben das wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Studierenden, Wissenschaftler*innen und Universitätsleitungen, da oftmals nicht alle anderen Mittel ausgeschöpft werden. Prominente

Beispiel sind u.a. die gewaltsamen polizeilichen Räumungen an mehreren Universitäten in Berlin 2024.

Viertens ist eine problematische Zunahme an juristischen Verfahren und Disziplinarmaßnahmen gegen Studierende (z.B. nach den Protesten an mehreren Berliner Universitäten) und Wissenschaftler*innen (wie die Entlassung des Anthropologen Ghassan Hage) zu beobachten. Hinzu kommt ein Anstieg bei Ausladungen von Wissenschaftler*innen (wie z.B. von Nancy Fraser an der Uni Köln) sowie Einreiseverbote (u.a.

gegen den Rektor der Universität Glasgow Ghassan Abu Sitta) und Absagen von »kontroversen« Veranstaltungen an deutschen Universitäten (u.a. Diskussionen mit Francesca Albanese und Eyal Weizman an der Freien Universität Berlin und der LMU München). Diese Entwicklungen zeigen, wie rasch Veranstaltungen und Vortragende an Universitäten politisiert werden und dies zu Repression und Einschränkungen des Austausches an Universitäten führt.

Diffamierungen gegen Wissenschaftler*innen in unterschiedlichen Formen haben, fünftens, in Deutschland laut Berichten des Projekts »SciComm Support« und einer Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (Blümel 2024) zugenommen. Dies betrifft besonders junge, weibliche und rassifizierte Wissenschaftler*innen. Auch ganze Disziplinen geraten vermehrt ins Visier politischer Kampagnen – gerade der AfD. In Sachsen-Anhalt forderte sie zuletzt, Gender Studies und verwandte Disziplinen *„aus Forschung und Lehre zu entfernen“* (AfD 2025). Darüber hinaus hat die AfD-Bundestagsfraktion im Oktober 2025 die Bundesregierung aufgefordert, eine unabhängige Prüfstelle für wissenschaftliche Publikationen einzurichten, die bei staatlichen Förderentscheidungen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden solle (Deutscher Bundestag 2025).

All diese Dynamiken tragen zu einer Erosion der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland bei. Dieser Prozess betrifft nicht alle Universitäten und Disziplinen oder Wissenschaftler*innen gleichermaßen. Aber genau deshalb müssen wir dorthin schauen, wo die Wissenschaft bereits jetzt angegriffen wird. Dass diese Angriffe bereits negative Auswirkungen entfalten, hat kürzlich eine Studie zur Selbstzensur unter Nahostforscher*innen sichtbar gemacht (Grimm et al. 2025). Knapp 85 % der Befragten berichten in der Umfrage von einer steigenden Bedrohungslage für die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 und 72 % praktizieren Selbstzensur insbesondere in ihrer öffentlichen Rede. Als Hauptgründe werden Angst vor Anfeindungen (60 %), potenzielle negative beruflichen Konsequenzen (60 %) und Fördermittelverlust (bis zu 54 % bei prekär Beschäftigten) genannt. Diese Zahlen sollten uns allen ein Auftrag sein, unsere Bemühungen zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit zu verstärken.

Was Universitäten und Wissenschaftler*innen tun können

- 1. Forschungseinrichtungen sollten Wissenschaftsfreiheit als Leitprinzip leben. In Satzungen, durch interne Informations- und Diskussionsveranstaltungen und durch die Verankerung des Prinzips in institutionellen Partnerschaften. Sie sollten auch Ombudssysteme für Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit etablieren.
- 2. Wissenschaftliche Integrität von Forschungsförderung sichern. Peer-Review verteidigen, politische Einflussnahme zurückweisen, mehr Grundfinanzierung verhandeln, um Drittmittelabhängigkeit für Grundlagenforschung zu reduzieren.
- 3. Zensur und Selbstzensur zurückweisen. Eingriffen in Forschungsagenden, Lehre und Veranstaltungen muss vehement öffentlich widersprochen werden. Es sollten Räume für kontroverse Debatten an Hochschulen erhalten bleiben.
- 4. Angegriffene Forschungsdisziplinen verteidigen. Studienangebote erhalten und fachübergreifende Solidarität organisieren.
- 5. Den Wert der Wissenschaftsfreiheit für die Gesellschaft besser kommunizieren, durch Medienbeiträge, Interviews, aber auch in Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Studierenden.
- 6. Der Normalisierung von Polizei und Überwachung widersprechen. Hochschulleitungen müssen die Campusintegrität schützen und Kooperationen mit Sicherheitsbehörden nur bei konkreter Gefahrenlage eingehen.
- 7. Studierendenrechte schützen, sowohl durch öffentliche Solidarität (bspw. Teach-Ins und Mediationsversuche) als auch durch geringe Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gegen Studierende durch die Hochschulen. Hochschulen sollten transparente, verhältnismäßige Leitlinien zu Protest, Polizeieinsätzen, Raumvergabe und Disziplinarverfahren entwickeln.
- 8. Wissenschaftler*innen sollten Fachgesellschaften stärken. Zum Beispiel durch die Etablierung von Wissenschaftsfreiheits-Komitees, die Angriffe dokumentieren und politische Unterstützung für angegriffene Wissenschaftler*innen leisten können.

Literatur

- AfD (2025): Antrag »Wissenschaft statt Manipulation – Genderpolitik an Hochschulen einstellen!« Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 8/5572, 4.6.2025.
- Blümel, C. (2024): Anfeindungen gegen Forschende. Eine repräsentative Studie des Projektes KAPAZ. Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), 16.5.2024.
- Butler, J. (2022): Endangered scholarship, academic freedom, and the life of critique. *Critical Times* 5(2), S. 399-425.
- BuWiK (2025): Bundesbericht. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland.
- Deutscher Bundestag (2025): AfD-Bundestagsfraktionsantrag: Organisierten Wissenschaftsbetrug unterbinden – Qualität und Transparenz in der Forschung sichern. Drucksache 21/2230, 14.10.2025.
- Grimm, J.; Chojnacki, S.; Moya Schreieder, N.; El Ghoubashy, I.; Sixta, T. (2025): Deutsche Wissenschaft seit dem 7. Oktober: Herausforderungen und Trends. Working Papers Peace & Conflict Research, 2, Freie Universität Berlin.
- Kinzelbach, K.; Lindberg I. S.; Lott, L. (2025): Academic Freedom Index – 2025 Update. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU).
- Kinzelbach, K.; Saliba, I.; Spannagel, J. (2021): Global data on the freedom indispensable for scientific research – Towards a reconciliation of academic reputation and academic freedom. *International Journal for Human Rights* 26(10), S. 1723-1740.
- Lott, L.; Spannagel, J. (2025): Quality assessment of the Academic Freedom Index: Strengths, weaknesses, and how best to use it. *Perspectives on Politics*, online first, S. 1-23.
- Lott, L.; Kinzelbach, K.; Lindberg, I. S. (2025): Can free academia withstand democratic backsliding? Why some universities wither while others survive. *International Political Science Review*, online first.
- Lyer, K. R.; Saliba, I.; Spannagel, J. (2023): University autonomy decline. Causes, responses, and implications for academic freedom. London: Routledge.
- Pelke, L. (2023): Academic freedom and the onset of autocratization. *Democratization* 30(6), S. 1015-1039.
- Peters, K. (2025): Kritik der Wissenschaftsfreiheit. *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 17(2), S. 135-139.
- Pruvot, E. B.; Estermann, T. (2017): University autonomy in Europe III: The Scorecard 2017. Brüssel: European University Association.
- Scholars at Risk (2024): Free to Think 2024. Jahresbericht des Academic Freedom Monitoring Project (Berichtszeitraum Juli 2023–Juni 2024). New York.
- Ullrich, P. (2025): Bitte keine Polizei – der »Fall ASH« und der autoritäre Anti-Antisemitismus. *Berlin Review* 14, Oktober 2025. Berlin.

Dr. Ilyas Saliba ist Associate Research Fellow an der Fakultät für Staatswissenschaften an der Universität Erfurt. Er forscht zu Autoritarismus und Wissenschaftsfreiheit u.a. in Deutschland und der MENA Region.